



MINISTERIALBLATT

FÜR DAS LAND NORDRHEIN-WESTFALEN

47. Jahrgang

Ausgegeben zu Düsseldorf am 3. Februar 1994

Nummer 7

Inhalt

I.

Veröffentlichungen, die in die Sammlung des bereinigten Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen (SMBL. NW.) aufgenommen werden.

Glied.- Nr.	Datum	Titel	Seite
20531	6. 1. 1994	RdErl. d. Innenministeriums Gemeinsame Ermittlungsgruppen Rauschgift des Zolls und der Polizei (GER)	98
71342	6. 1. 1994	RdErl. d. Innenministeriums Erfassung von Daten zur automatisierten Führung des Karten- und Zahlennachweises des Liegen- schaftskatasters	99

II.

Veröffentlichungen, die **nicht** in die Sammlung des bereinigten Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen (SMBL. NW.) aufgenommen werden.

Datum		Seite
	Ministerpräsident	
4. 1. 1994	Bek. – Honorarkonsulat der Republik Moldau, Frankfurt/Main	99
	Landesregierung	
5. 1. 1994	Bek., – Behördliches Vorschlagswesen	100
	Landeswahlleiter	
4. 1. 1994	Bek. – Bundestagswahl 1990; Vernichtung von Wahlunterlagen	102
	Innenministerium	
7. 1. 1994	Bek. – Europawahl 1994; Ernennung der Kreis- und der Stadtwahlleiter sowie ihrer Stellvertreter . .	103
14. 1. 1994	Bek. – Überprüfung administrativer Pflichten für Unternehmen	107
	LEG Landesentwicklungsgesellschaft Nordrhein-Westfalen	
20. 12. 1993	Bek. – Änderung der Besetzung des Aufsichtsrates der LEG Landesentwicklungsgesellschaft Nord- rhein-Westfalen	107

I.

20531

Gemeinsame Ermittlungsgruppen Rauschgift des Zolls und der Polizei (GER)

RdErl. d. Innenministeriums v. 6. 1. 1994 -
IV D 1/A 2 - 2933

Im Einvernehmen mit dem Bundesminister der Finanzen sind bei den Polizeipräsidenten Düsseldorf, Köln, Münster und Essen GER eingerichtet.

Anlage Die Zusammenarbeit erfolgt nach Maßgabe der **Richtlinie für die Zusammenarbeit zwischen Polizei und Zoll in Nordrhein-Westfalen bei der Bekämpfung der Rauschgiftkriminalität.**

Der polizeiliche Leiter der GER untersteht dem Leiter des für die Bekämpfung organisierter Rauschgiftkriminalität zuständigen Kommissariates, sofern dieser nicht selbst die Funktion wahrnimmt.

Anlage

Richtlinie für die Zusammenarbeit zwischen Polizei und Zoll in Nordrhein-Westfalen bei der Bekämpfung der Rauschgiftkriminalität

Im Einvernehmen mit dem Bundesminister der Finanzen ergeht folgende Regelung:

Vorbemerkung

Im Interesse einer effektiven Bekämpfung insbesondere der schweren Rauschgiftkriminalität arbeiten Polizei und Zoll eng und vertrauensvoll zusammen. Zu diesem Zweck erfolgen ein schneller und umfassender Informationsaustausch und ein abgestimmtes, gemeinsames oder arbeitsteiliges Vorgehen. Vorbehaltlich der Sachleitungsbefugnis der Staatsanwaltschaft im Bereich der Strafverfolgung werden auf der Grundlage der für die Polizei und den Zoll geltenden Gesetze in Anbetracht sich überschneidender Zuständigkeiten folgende zwischen den Geschäftsbereichen abgestimmte Regelungen getroffen:

1 Zuständigkeit

Polizeiliche Rauschgiftbekämpfungsmaßnahmen richten sich im Schwerpunkt gegen den illegalen Handel mit Betäubungsmitteln (Groß-, Zwischen- und Kleinhandelsebene), ihre Herstellung (u.a. synthetische Drogen) sowie die Beschaffungs- und Folgekriminalität.

Die Rauschgiftbekämpfungsmaßnahmen des Zolls, insbesondere des Zollfahndungsdienstes, richten sich im Schwerpunkt gegen die illegale Rauschgifteinfuhr, aus- und -durchfuhr.

Polizei und Zoll sind gleichermaßen für die Strafverfolgung zuständig, wenn durch ein Rauschgiftdelikt einheitlich der Bannbruchtatbestand verletzt wird.

2 Abgrenzung der Ermittlungszuständigkeiten/ Zusammenarbeit

Die Polizei führt im Rahmen ihrer Zuständigkeit Ermittlungen in allen Fällen der Rauschgiftkriminalität. Wesentliches Element ist die Bekämpfung von Strukturen organisierter Kriminalität, die in ihrer Gesamtheit und ihren Auswirkungen die Innere Sicherheit gefährden und den Rechtsstaat bedrohen.

Der Zoll führt im Rahmen seiner Zuständigkeit Ermittlungen, soweit er Kenntnis vom Verdacht des Rauschgiftschmuggels hat.

Bei Grenzaufgriffen führt er die Ermittlungen federführend, sofern nicht bereits polizeiliche Maßnahmen eingeleitet sind.

In anderen Verdachtsfällen illegalen Rauschgifthandels, in denen zugleich der Verdacht des Bannbruchs besteht, bleibt die Federführung in der Regel bei der Dienststelle von Polizei oder Zoll, die die Ermittlungen zuerst aufgenommen hat.

Polizei und Zoll stimmen ihr weiteres Vorgehen unverzüglich miteinander ab, soweit über den Informationsaustausch (PDV 386) hinaus ein Abstimmungsbedürfnis erkennbar ist. Der jeweils anderen Seite ist Gelegenheit zur Beteiligung zu geben. Doppelermittlungen sind auszuschließen.

Soweit der Zoll Verdeckte Ermittler einsetzt, erfolgt dies grundsätzlich in Absprache mit der Polizei. Entsprechendes gilt für die Polizei, soweit erkennbar Ermittlungen des Zollfahndungsdienstes berührt werden.

3 Gemeinsame Ermittlungsgruppen (GER)

Im Interesse einer wirksameren Bekämpfung der Rauschgiftkriminalität ist aus taktischen und personellen Gründen eine verbesserte Zusammenarbeit zwischen Zoll und Polizei erforderlich. Dazu sollen in Nordrhein-Westfalen GER eingerichtet werden.

Die Einrichtung bedarf meiner Zustimmung.

3.1 Grundsatz

Zollfahndungs- und Polizeivollzugsbeamte arbeiten in Ermittlungsgruppen ständig zusammen. Sie sind in gemeinsamen Diensträumen unterzubringen.

Eine paritätische Besetzung in den GER ist anzustreben.

3.2 Zuständigkeit

In GER werden Ermittlungen im Bereich der Rauschgiftkriminalität geführt, wenn sowohl Polizei als auch Zollfahndung zuständig sind.

3.3 Leitung

Die Leitung der GER liegt im Regelfall bei der Polizei. Sie erfolgt im Einvernehmen mit dem „Leitenden Beamten Zoll (Leiter Z)“. Weisungen können nur gegenüber Angehörigen der eigenen Organisation erteilt werden.

Werden in Einzelfällen bei Einsätzen Spezialeinheiten (z.B. SEK, MEK, GAST-S, Observationsgruppen) oder Verstärkungskräfte hinzugezogen, liegt die Einsatzleitung bei einem Beamten der Organisation, von der die Kräfte gestellt werden.

Wird durch Spezialeinheiten oder Verstärkungskräfte von Polizei und Zoll gemeinsam unterstützt, liegt die Leitung bei einem Einsatzleiter.

3.4 Ermittlungsführung

Ermittlungsverfahren werden – soweit keine gesonderte Zuweisung besteht – im Zusammenwirken von Polizei und Zoll bearbeitet.

Weitere organisatorische und administrative Regelungen sind unter Berücksichtigung lokaler Erfordernisse zu treffen.

4 Informations- und Erfahrungsaustausch

4.1 Erfahrungsaustausch

Polizei und Zoll unterhalten ständig einen allgemeinen Informations- und Erfahrungsaustausch.

Dies schließt eine regelmäßige gegenseitige Beteiligung an Fachgremien ein, soweit diese Fragen der Rauschgiftbekämpfung, insbesondere nationale und internationale Strategien, behandeln.

4.2 Datenaustausch/Informationssysteme

Sofern im Rahmen der gemeinsamen Ermittlungen Zoll- und Polizeiinformationssysteme genutzt werden, ist durch geeignete Maßnahmen, z.B. getrennte Räumlichkeiten für die Abfragestationen, dafür Sorge zu tragen, daß der Zugriff auf das Zollinformationssystem nur durch Angehörige der Zollverwaltung und auf Informationssysteme der Polizei nur durch Polizeikräfte erfolgt.

Es ist zu gewährleisten, daß die Datenübermittlung zwischen Polizei und Zoll aus ressortspezifischen Dateien/Informationssystemen nur im Rahmen des für die Ermittlungen notwendigen und für die Zwecke erfolgt, für die die Daten erhoben oder gespeichert wor-

den sind. Die Löschung der Datenbestände ist nach der für die jeweiligen Dateien geltenden Laufzeitregelung vorzunehmen. Eine Verlängerung durch Erkenntnisse aus einem anderen System (z. B. INZOLL aus INPOL) ist nicht möglich.

5 Abstimmungsverfahren

Soweit im Rahmen der Zusammenarbeit in Einzelfällen keine Einigkeit erzielt werden kann, ist auf der vorgesetzten Ebene Einvernehmen herbeizuführen.

6 Ausstattung und Kosten

Ermittlungs- und Fahndungskosten werden von Polizei und Zoll gemeinsam getragen. Ausgenommen hiervon sind Kosten infolge polizei- und zollspezifischer Ermittlungen.

Auf Antrag der Beamten zu erstattende Kosten werden von der Behörde getragen, der sie angehören.

Gemeinsam genutzte Führungs- und Einsatzmittel sowie Büroausstattung und Verbrauchsmaterial sollen anteilig, zumindest rechnungsmäßig anteilig, eingesetzt und unterhalten werden. Kostenneutralität ist anzustreben.

7 Haftung

Die Haftung richtet sich nach den gesetzlichen Bestimmungen.

– MBl. NW. 1994 S. 98.

71342

Erfassung von Daten zur automatisierten Führung des Karten- und Zahlennachweises des Liegenschaftskatasters

RdErl. d. Innenministeriums v. 6. 1. 1994 –
III C 3 – 7118

Die Erfassung von Daten zur automatisierten Führung des Karten- und Zahlennachweises des Liegenschaftskatasters hat nach den Verwaltungsvorschriften für die „Automatisierte Liegenschaftskarte (ALK)“ zu erfolgen.

Die Landesvorschriften zur Erfassung, Verschlüsselung, Abbildung und Darstellung der ALK sind verbindliche Weisungen zur Einrichtung und Fortführung des automatisierten Karten- und Zahlennachweises des Liegenschaftskatasters, obwohl sie wegen der ständigen Fortentwicklung des ALK-Systems sowie der laufenden praktischen Erprobung der dv-technischen und fachlichen Vorgaben vorerst nur als Entwürfe vorliegen.

Zur Erhaltung der Einheitlichkeit und zur Vermeidung von Fehlinvestitionen, die durch Unkenntnis oder Mißachtung der Entwicklung des ALK-Systems entstehen könnten, weise ich darauf hin, daß Arbeiten zur Erfassung von Daten zur automatisierten Führung des Karten- und Zahlennachweises des Liegenschaftskatasters der Zustimmung der Bezirksregierung bedürfen, die auch für die laufende fachliche Beratung und Unterrichtung über das ALK-System zur Verfügung steht. Anträge auf Zustimmung zu Vorarbeiten für die ALK sind mit einer Beschreibung der fachlichen und technischen Einzelheiten des beabsichtigten Verfahrens an die Bezirksregierung zu richten. Diese stimmt ihre Entscheidung mit mir ab, soweit neue Regelungen von grundsätzlicher Bedeutung getroffen werden sollen.

Mein RdErl. v. 11. 11. 1981 (SMBI. NW. 71342) wird hiermit aufgehoben.

– MBl. NW. 1994 S. 99.

II.

Ministerpräsident

Honorarkonsulat der Republik Moldau, Frankfurt/Main

Bek. d. Ministerpräsidenten v. 4. 1. 1994 –
II B 6 – 435.2-1

Die Bundesregierung hat der Errichtung einer honorarkonsularischen Vertretung der Republik Moldau in Frankfurt/Main zugestimmt und Herrn Simon Wasserstein am 23. 12. 1993 das Exequatur als Leiter dieser Vertretung im Range eines Honorarkonsuls erteilt. Der Konsularbezirk umfaßt das Bundesgebiet.

– MBl. NW. 1994 S. 99.

Landesregierung

Behördliches Vorschlagswesen

Bek. d. Landesregierung v. 5. 1. 1994

Der Interministerielle Ausschuß für das Behördliche Vorschlagswesen hat in der Zeit vom 1. 1. 1993 – 31. 12. 1993 die nachstehend aufgeführten Verbesserungsvorschläge als für die Landesverwaltung nützlich anerkannt und belohnt:

Name des Einsenders	Vorschlag Nr.	Gegenstand des Vorschlags	Prämie DM
Rudi SALZBURG	13414	Verbesserung im Bereich der Polizei: Entwicklung einer Peilantenne	10 820,-
Peter BARTELS	13452	Verbesserung im Bereich der Polizei: Entwicklung eines B-Prüfgerätes für Hubschrauber	4 705,-
—	13529	Umbau der Entschungsanlagen an den Kesselanlagen des Heizkraftwerks der Medizinischen Einrichtungen der Universität Bonn	4 080,-
Frank ROSIEN	12966	Verbesserung im Bereich der Polizei: Umrüstung der Übungswaffen	2 615,-
Ludwig KAPFHAMMER	13436	Automatische Taktzuschaltung für die AWT-Förderan- lage bei den Medizinischen Einrichtungen der RWTH Aachen	2 120,-
Franz SCHREIER	13463	Änderung der elektrischen Steuerung für die raumluft- technische Anlage der Medizinischen Einrichtungen der RWTH Aachen	1 610,-
Hans MELCHER	13564	Verbesserung im Bereich des Landesamtes für Wasser und Abfall: Einsatz von Reinstluftgeneratoren im gaschromatogra- fischen Spurenbereich	965,-
Horst HERR	13544	Verbesserung im Bereich des Materialprüfungsamtes: Entwicklung einer Prüfeinrichtung für die Prüfung des Brechwerths nach dem Teleskopverfahren	950,-
Friedhelm KOTZIAN	13538	Verbesserung im Bereich des Umweltschutzes: Nachvergoldung gebrauchter Küvetten des CO-Meß- gerätes APMA 300 E des Luftüberwachungsnetzes TEMES	915,-
Dieter BECKMANN Hans KASEMANN	13478	Verbesserung im Bereich der Westf.-Wilhelms-Univer- sität: Entwicklung einer Labor-Augendusche	785,-
—		Verbesserung im Bereich der Gewerbeaufsicht: Entwicklung eines mobilen Meß-Transportwagens	710,-
—	13412	Verbesserung im Bereich der Forstverwaltung: Erstellung eines Programms „Planung und Vollzug für den Holzeinschlag“	650,-
Walter BRUNE	13676	Verbesserung im Bereich des Materialprüfungsamtes: Entwicklung einer Rohrhalterung für die Durchfüh- rung von Brandversuchen an Isolierschläuchen	455,-
Peter BECKER	13263	Verbesserung im Bereich der Finanzverwaltung: Ergänzung des Vordrucks LSt 95 a	410,-
Karl H. BRAUSEWETTER	12025	Entwicklung eines Schemas zur Feststellung der jährli- chen Zuführungsbeträge bei den Haushalts- und Wirt- schaftsplanberatungen mit den sechs Medizinischen Einrichtungen und dem Finanzministerium	400,-
—	13388	Verbesserung im Bereich der Justizverwaltung: Umgestaltung des Vordrucks GS 105	385,-
Berthold J. MÜNZER	13688	Kosteneinsparung beim Versand der Vordrucke zur Er- stellung der Datei der Zweckzuwendungen	315,-
—	13638	Vorschlag zur Inbetriebnahme einer Störmeldeanlage bei der Universität Köln	310,-

Name des Einsenders	Vorschlag Nr.	Gegenstand des Vorschlags	Prämie DM
Berthold J. MÜNZER	13305	Verbesserung in Teilbereichen der Polizei: Entwicklung von Protokollen für die Entnahme von Proben bei Umweltdelikten	300,-
—,-	13509	Verbesserung im Bereich der Finanzverwaltung: Änderung des Vordrucks LSt 3	295,-
Monika KIRSCH	13254	Verwendung von Mehrweg-Kugelschreibern mit aus- tauschbaren Minen in einigen Geschäftsbereichen der Justizverwaltung	295,-
Hildegard MÜLLER	13514	Verbesserung im Bereich der Finanzverwaltung: Ergänzung des Vordrucks Kraft 32	295,-
Walter OSTERMANN	13536	Verbesserung im Bereich der Justizverwaltung: Anpassung des Vordrucks Kost 18 an die Erfordernisse des ADV-Verfahrens JUKOS	
—,-	13282	Verbesserung im Bereich der Finanzverwaltung: Nutzung der von der Postbank angebotenen „Automati- schen Guthaben-Zusammenführung“	270,-
—,-	13430	Verbesserung im Bereich der Finanzverwaltung: Erweiterung der masch. Erläuterungstexte bei der Ein- kommen- und Vermögensteuer	270,-
Christa VIEBAHN	13614	Verbesserung im Bereich der Finanzverwaltung: Änderung des Vordrucks Nr. 143/432	265,-
Diether ANGENLAHR	13448	Verbesserung im Bereich der Finanzverwaltung: Hinweis auf der Kontrollmitteilung für die Prämien- stelle, daß die Einkommensgrenzen für die Gewährung einer Wohnungsbau-Prämie überschritten sind	260,-
Uta KÖSTER Claudia ELSÉN	13495	Verbesserung im Bereich der Justizverwaltung: Neugestaltung des Vordrucks StrKost 3	250,-
—,-	13610	Verbesserung im Bereich der Justizverwaltung: Ergänzung des Aktendeckels AU 3 - F (UF/WF)	220,-
—,-	13600	Verbesserung im Bereich der Finanzverwaltung: Bearbeitung von EW-Mitteilungen	220,-
Klaus PILGRIM	13398	Hinweis auf eine preisgünstige Beschaffungsmöglich- keit der Ersatz-Handschlaufen für Atemalkohol-Vor- testgeräte	215,-
Peter PRENTKOWSKI	13049	Verbesserung im Bereich der Justizverwaltung: Änderung des Vordrucks Kost 18	215,-
Manfred HALLMANN	11292	Klarstellung der Tatbestandsvoraussetzung für den Sonderurlaub für ehrenamtliche Mitarbeit in der Jugendhilfe	210,-
—,-	13601	Verbesserung im Bereich der Polizei: Ergänzung des Vordrucksatzes NW Pol II/1990	210,-
—,-	13598	Verbesserung im Bereich der Justizverwaltung: Änderung des Generalaktenplans	210,-
—,-	13584	Verbesserung im Bereich der Justizverwaltung: Änderung des Vordrucks 86	210,-
—,-	13624	Einführung der von der Landeszentralbank betriebe- nen selbsttätigen taggleichen Abwicklung der Verstär- kungsaufträge und Ablieferungen für die LBZ-Giro- konten der Oberkassen auch für die LBZ-Girokonten der Gerichtskassen	210,-
Reiner MAHNCKE	13576	Verbesserung im Bereich der Finanzverwaltung: Einführung eines Vordrucks, mit dessen Hilfe der Arbeitgeber-Bezirk der Lohnsteuer-Anmeldungsstelle den Wegfall des Vorbehalts der Nachprüfung für einen bestimmten Anmeldezeitraum mitteilen kann	205,-

Name des Einsenders	Vorschlag Nr.	Gegenstand des Vorschlags	Prämie DM
Wolfgang LUTZINSKI	13476	Verbesserung im Bereich der Justizverwaltung: Aufhebung der RV des JM vom 1.10.79-9352-III A.13-	200,-
—	13166	Verbesserung im Bereich der Finanzverwaltung: Änderung der bundeseinheitlichen Programmunterlagen hinsichtlich des Erläuterungstextes zur Wohnungsbauprämie	200,-
Kurt FALKE	13417	Verbesserung im Bereich der Justizverwaltung: Überarbeitung des Vordrucks AgF 19	200,-
Hermann SCHOLZ	13451	Verbesserung im Bereich der Finanzverwaltung: Änderung des Vordrucks Nr. 605/7	200,-
—	13594 13595	Verbesserung im Bereich der Finanzverwaltung: Erweiterung des Vordrucks Nr. 605/84	200,-
—	12741	Verbesserung im Bereich der Finanzverwaltung: Ergänzung des Vordrucks Est 10 e	195,-
—	13334	Verbesserung im Bereich der Finanzverwaltung: Ergänzung des Vordrucks Nr. 724/83	195,-
Ulrich FÜSER	13382	Verbesserung im Bereich der Finanzverwaltung: Ergänzung des Vordrucks Est 1 P	195,-
—	13352	Hinweis an einen Teil der Finanzämter über die bereits 1989 eingeführte spezielle Siegelmarke	195,-

– MBl. NW. 1994 S. 100.

Landeswahlleiter

Bundestagswahl 1990

Vernichtung von Wahlunterlagen

Bek. d. Landeswahlleiters v. 4. 1. 1994 –
I A 4/20-15.90.10

Nach Mitteilung des Bundeswahlleiters sind alle Wahlprüfungsbeschwerden zur Wahl zum 12. Deutschen Bundestag abgeschlossen. Gemäß § 90 Abs. 2 der Bundeswahlordnung (BWO) i. d. F. der Bekanntmachung vom 7. Dezember 1989 (BGBl. 1990 I S. 1, 142), zuletzt geändert durch Verordnung vom 15. Dezember 1993 (BGBl. I S. 2094), können im Lande Nordrhein-Westfalen nunmehr die übrigen Wahlunterlagen mit Ausnahme zur Wiederverwendung bestimmter Wahlumschläge vernichtet werden.

– MBl. NW. 1994 S. 102.

Innenministerium**Europawahl 1994****Ernennung der Kreis- und der Stadtwahlleiter sowie ihrer Stellvertreter**

Bek. d. Innenministeriums v. 7. 1. 1994 – I A 4/20 – 20.94.12

Aufgrund der §§ 4 und 5 Abs. 1 des Europawahlgesetzes vom 16. Juni 1978 (BGBl. I S. 709), zuletzt geändert durch Gesetz vom 11. November 1993 (BGBl. I S. 1863), i. V. m. § 9 Abs. 1 des Bundeswahlgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Juli 1993 (BGBl. I S. 1288, 1594) und des § 1 der Verordnung über die Wahlorgane für die Bundestagswahlen und die Europawahlen vom 13. Dezember 1988 (GV. NW. S. 536/SGV. NW. 1113) habe ich zu Kreiswahlleitern, Stadtwahlleitern und zu ihren Stellvertretern ernannt:

Lfd. Nr.	Kfr. Stadt bzw. Kreis	Name, Vorname, Amtsbezeichnung a) des Kreis- bzw. Stadtwahlleiters b) des Stellvertreters	Dienststelle und Anschrift	1. Telefon 2. Fernschreibanschluß 3. Telefaxanschluß
1.	Kfr. Stadt Düsseldorf	a) Dr. Hölz, Peter Oberstadtdirektor b) Meisen, Helmut Beigeordneter	Stadtverwaltung Marktplatz 2 40200 Düsseldorf	1. (0211) 8991 2. 8582921 3. (0211) 8929002
2.	Kfr. Stadt Duisburg	a) Dr. Klein, Richard R. Oberstadtdirektor b) Giersch, Norbert Stadtdirektor	Stadtverwaltung Burgplatz 19 (Rathaus) 47049 Duisburg	1. (0203) 2830 2. 203314 3. (0203) 2833976
3.	Kfr. Stadt Essen	a) Busch, Kurt Oberstadtdirektor b) Dr. Schmidt, Johannes Werner Stadtdirektor	Stadtverwaltung Porscheplatz (Rathaus) 45121 Essen	1. (0201) 881 2. 857730 3. (0201) 885209
4.	Kfr. Stadt Krefeld	a) Vogt, Heinz-Josef Oberstadtdirektor b) Lorenz, Klaus Beigeordneter	Stadtverwaltung Postfach 2740 47727 Krefeld	1. (02151) 861 2. 85630 3. (02151) 862034
5.	Kfr. Stadt Mönchengladbach	a) Semmler, Jochen Stadtdirektor b) Dr. Gathen, Antonius Beigeordneter	Stadtverwaltung 41050 Mönchengladbach	1. (02161) 250 2. 852788 3. (02161) 253419
6.	Kfr. Stadt Mülheim a. d. R.	a) Gerlach, Ernst Oberstadtdirektor b) Gawlik, Oda-Gerlind Beigeordnete	Stadtverwaltung Postfach 101953 45466 Mülheim an der Ruhr	1. (0208) 4551 2. – 3. (0208) 455476480
7.	Kfr. Stadt Oberhausen	a) Drescher, Burkhard Oberstadtdirektor b) Dr. Richter, Ernst-Joachim Städt. Verw.-Direktor	Stadtverwaltung Schwartzstr. 72 (Rathaus) 46042 Oberhausen	1. (0208) 8251 2. 856898 3. (0208) 855274
8.	Kfr. Stadt Remscheid	a) Müller, Jürgen Beigeordneter b) Dr. Bothe, Arno Stadtkämmerer	Stadtverwaltung Theodor-Heuss-Platz 1 (Rathaus) 42853 Remscheid	1. (02191) 441 2. – 3. (02191) 442509
9.	Kfr. Stadt Solingen	a) Dr. Deubel, Ingolf Oberstadtdirektor b) Dehl, Hans-Heinrich Stadtdirektor	Stadtverwaltung Postfach 100165 42648 Solingen	1. (0212) 2900 2. 8514777 3. (0212) 2902209
10.	Kfr. Stadt Wuppertal	a) Dr. Cornelius, Joachim Oberstadtdirektor b) Martens, Hauke Beigeordneter	Stadtverwaltung Wegnerstr. 7 42275 Wuppertal	1. (0202) 5631 2. 8591871 3. (0202) 5638020
11.	Kreis Kleve	a) Kersting, Rudolf Oberkreisdirektor b) Mörs, Norbert Kreisdirektor	Kreisverwaltung Postfach 1507 47515 Kleve	1. (02821) 850 2. 0811857 3. (02821) 85510
12.	Kreis Mettmann	a) Wirtz, Robert Oberkreisdirektor b) Stang, Heinrich Kreisdirektor	Kreisverwaltung Düsseldorfer Str. 26 40822 Mettmann	1. (02104) 990 2. 8581176 3. (02104) 994022

Lfd. Nr.	Kfr. Stadt bzw. Kreis	Name, Vorname, Amtsbezeichnung a) des Kreis- bzw. Stadtwahlleiters b) des Stellvertreters	Dienststelle und Anschrift	1. Telefon 2. Fernschreibanschluß 3. Telefaxanschluß
13.	Kreis Neuss	a) Salomon, Klaus-Dieter Oberkreisdirektor b) Patt, Dieter Kreisdirektor	Kreisverwaltung Neuss Lindenstr. 2 41513 Grevenbroich	1. (02181) 6011 2. 8517188 3. (02181) 6012400
14.	Kreis Viersen	a) Dr. Vollert, Hans Christian Oberkreisdirektor b) Welz, Friedhelm Dezernent	Kreisverwaltung Rathausmarkt 3 41747 Grevenbroich	1. (02162) 390 2. 8518717 3. (02162) 391803
15.	Kreis Wesel	a) Dr. Brocke, Helmut Oberkreisdirektor b) Dr. Kutsch, Carl Kreisdirektor	Kreisverwaltung Reeser Landstr. 31 46483 Wesel	1. (0281) 2070 2. 812800 3. (0281) 2072947
16.	Kfr. Stadt Aachen	a) Dr. Berger, Heiner Oberstadtdirektor b) Witt, Joachim Stadtdirektor	Stadtverwaltung Rathaus 52058 Aachen	1. (0241) 4320 2. 832654 3. (0241) 4328000
17.	Kfr. Stadt Bonn	a) Diekmann, Dieter Oberstadtdirektor b) Hübner, Arno Beigeordneter	Stadtverwaltung Berliner Platz 2/ Stadthaus 53103 Bonn	1. (0228) 771 2. 886861 3. (0228) 773635
18.	Kfr. Stadt Köln	a) Ruschmeier, Lothar Oberstadtdirektor b) Fruhner, Klaus-Otto Beigeordneter	Stadtverwaltung Rathaus 50667 Köln	1. (0221) 2210 2. - 3. (0221) 2216570
19.	Kfr. Stadt Leverkusen	a) Dr. Mende, Walter-Rainer Oberstadtdirektor b) Dr. Schulze-Olden, Wolfgang Stadtdirektor	Stadtverwaltung Postfach 101140 51311 Leverkusen	1. (0214) 3521 2. 8510236 3. (0214) 3523327
20.	Kreis Aachen	a) Dr. Fricke, Walter Oberkreisdirektor b) Etschenberg, Helmut Kreisdirektor	Kreisverwaltung Zollernstr. 10 52070 Aachen	1. (0241) 51981 2. 0832786 3. (0241) 533190
21.	Kreis Düren	a) Hüttemann, Josef Oberkreisdirektor b) Dr. Beyer, Wolfgang Kreisdirektor	Kreisverwaltung Bismarckstr. 16 52351 Düren	1. (02421) 1291 2. 833800 3. (02421) 129345
22.	Erftkreis	a) Bell, Wolfgang Oberkreisdirektor b) Hoffmann, Günter Kreisdirektor	Kreisverwaltung Willy-Brandt-Platz 1 50126 Bergheim	1. (02271) 830 2. 888717 3. (02271) 832300
23.	Kreis Euskirchen	a) Dr. Wolf, Ingo Oberkreisdirektor b) Schumacher, Fritz Kreisdirektor	Kreisverwaltung 53877 Euskirchen	1. (02251) 150 2. 8869181 3. (02251) 73742
24.	Kreis Heinsberg	a) Dr. Thönnissen, Leo Oberkreisdirektor b) Jansen, Michael Kreisdirektor	Kreisverwaltung Valkenburger Str. 45 52525 Heinsberg	1. (02452) 130 2. 8329319 3. (02452) 13501
25.	Oberbergischer Kreis	a) Dr. Ammermann, Gert Oberkreisdirektor b) Richter, Michael Kreisdirektor	Kreisverwaltung 51641 Gummersbach	1. (02261) 880 2. 884418 3. (02261) 881033
26.	Rheinisch-Bergischer Kreis	a) Ebel, Knut Georg Kreisdirektor b) Wasserfuhr, Udo Kreisoberverwaltungsrat	Kreisverwaltung Am Rübezahlwald 7 51469 Bergisch Gladbach	1. (02202) 130 2. 887733 3. (02202) 132600
27.	Rhein-Sieg-Kreis	a) Dr. Kiwit, Walter Oberkreisdirektor b) Lohr, Monika Kreisdirektorin	Kreisverwaltung Kaiser-Wilhelm-Platz 1 53721 Siegburg	1. (02241) 131 2. 2241408 3. (02241) 132179

Lfd. Nr.	Kfr. Stadt bzw. Kreis	Name, Vorname, Amtsbezeichnung a) des Kreis- bzw. Stadtwahlleiters b) des Stellvertreters	Dienststelle und Anschrift	1. Telefon 2. Fernschreibanschluß 3. Telefaxanschluß
28.	Kfr. Stadt Bottrop	a) Löchelt, Ernst Oberstadtdirektor b) Wallmann, Norbert Stadtdirektor	Stadtverwaltung Postfach 101554 46215 Bottrop	1. (02041) 2471 2. 8579421 3. (02041) 2473280
29.	Kfr. Stadt Gelsenkirchen	a) Dr. Bussfeld, Klaus Oberstadtdirektor b) Neumann, Erwin Stadtdirektor	Stadtverwaltung Hans-Sachs-Haus 45875 Gelsenkirchen	1. (0209) 1691 2. 824788 3. (0209) 1693526
30.	Kfr. Stadt Münster	a) Dr. Pünder, Tilman Oberstadtdirektor b) Dr. Heinrichs, Wolf Dezernent	Stadtverwaltung Klemensstr. 10/ Stadthaus I 48143 Münster	1. (0251) 4921 2. 892618 3. (0251) 4927702
31.	Kreis Borken	a) Pingel, Raimund Oberkreisdirektor b) Dr. Voßkübler, Rudolf Kreisdirektor	Kreisverwaltung Burloer Str. 93 46325 Borken	1. (02861) 820 2. 813331 3. (02861) 63320
32.	Kreis Coesfeld	a) Pixa, Hans Oberkreisdirektor b) Silderhuis, Ludwig Kreisdirektor	Kreisverwaltung Friedrich-Ebert-Str. 7 48653 Coesfeld	1. (02541) 180 2. 892305 3. (02541) 82566
33.	Kreis Recklinghausen	a) Noetzlin, Ulrich Oberkreisdirektor b) Boltz, Hanns-Joachim Kreisdirektor	Kreisverwaltung Kurt-Schumacher- Allee 1 45655 Recklinghausen	1. (02361) 531 2. 829822 3. (02361) 533291
34.	Kreis Steinfurt	a) Dr. Hoffschulte, Heinrich Oberkreisdirektor b) Vogel, Johannes Ltd. Kreisrechtsdirektor	Kreisverwaltung Tecklenburger Str. 10 48563 Steinfurt	1. (02551) 691 2. 0892945 3. (02551) 692400
35.	Kreis Warendorf	a) Dr. Kirsch, Wolfgang Oberkreisdirektor b) Dr. Börger, Heinz Kreisdirektor	Kreisverwaltung Postfach 110561 48207 Warendorf	1. (02581) 530 2. 89927 3. (02581) 532452
36.	Kfr. Stadt Bielefeld	a) Dr. Hausmann, Volker Oberstadtdirektor b) Heinrich, Jürgen Stadtdirektor	Stadtverwaltung Postfach 100111 33501 Bielefeld	1. (0521) 511 2. 932823 3. (0521) 513380
37.	Kreis Gütersloh	a) Kozlowski, Günter Oberkreisdirektor b) Schulze Wessel, Leo Kreisdirektor	Kreisverwaltung Wasserstr. 14 33378 Rheda-Wieden- brück	1. (05242) 131 2. 5242821 3. (05242) 12296
38.	Kreis Herford	a) Kreibohm, Henning Oberkreisdirektor b) Lerche, Sieghart Kreisdirektor	Kreisverwaltung Amtshausstr. 2 32051 Herford	1. (05221) 130 2. 934716 3. (05221) 13396
39.	Kreis Höxter	a) Sellmann, Paul Oberkreisdirektor b) Höing, Franz-Josef Kreisdirektor	Kreisverwaltung Moltkestr. 12 37671 Höxter	1. (05271) 610 2. 931736 3. (05271) 37926
40.	Kreis Lippe	a) Dr. Kauther, Helmut Oberkreisdirektor b) Dr. Brauße, Wolfgang Lt. Kreisverwaltungsdirektor	Kreisverwaltung 32754 Detmold	1. (05231) 620 2. 5231826 3. (05231) 622153
41.	Kreis Minden-Lübbecke	a) Dr. Giere, Alfred Oberkreisdirektor b) Dr. Linkermann, Günter Kreisdirektor	Kreisverwaltung Portastr. 13 32423 Minden	1. (0571) 8071 2. 97884 3. (0571) 8072700
42.	Kreis Paderborn	a) Dr. Wansleben, Rudolf Oberkreisdirektor b) Köhler, Heinz Kreisdirektor	Kreisverwaltung 33049 Paderborn	1. (05251) 3080 2. 936836 3. (05251) 308222

Lfd. Nr.	Kfr. Stadt bzw. Kreis	Name, Vorname, Amtsbezeichnung a) des Kreis- bzw. Stadtwahlleiters b) des Stellvertreters	Dienststelle und Anschrift	1. Telefon 2. Fernschreibanschluß 3. Telefaxanschluß
43.	Kfr. Stadt Bochum	a) Dr. Dreher, Burkhard Oberstadtdirektor b) Barbonus, Joachim Stadtdirektor	Stadtverwaltung Postfach 102269/70 44777 Bochum	1. (0234) 9100 2. – 3. (0234) 9103643
44.	Kfr. Stadt Dortmund	a) Dr. Koch, Hans-Gerhard Oberstadtdirektor b) Schäfer, Wolfgang Stadtdirektor	Stadtverwaltung Friedensplatz 1/Rathaus 44135 Dortmund	1. (0231) 500 2. 822287 3. (0231) 5022141
45.	Kfr. Stadt Hagen	a) Freudenberger, Dietrich Oberstadtdirektor b) Ludwig, Karl Josef Stadtrat	Stadtverwaltung Postfach 4249 58042 Hagen	1. (02331) 2071 2. – 3. (02331) 2072473
46.	Kfr. Stadt Hamm	a) Dr. Kraemer, Dieter Oberstadtdirektor b) Hamerla, Hans-Joachim Stadtdirektor	Stadtverwaltung Postfach 2449 59061 Hamm	1. (02381) 171 2. 828656-1 3. (02381) 172200
47.	Kfr. Stadt Herne	a) Dr. Kirchhof, Roland Oberstadtdirektor b) Drenseck, Heinrich-Peter Stadtdirektor	Stadtverwaltung Friedrich-Ebert-Platz 2 44621 Herne	1. (02323) 160 2. 8229872 3. (02323) 162100
48.	Ennepe-Ruhr-Kreis	a) Scholle, Ute Oberkreisdirektorin b) Becker, Wolfgang Kreisdirektor	Kreisverwaltung Hauptstr. 92 58332 Schwelm	1. (02336) 930 2. – 3. (02336) 932001
49.	Hochsauerlandkreis	a) Mühr, Egon Oberkreisdirektor b) Stork, Winfried Kreisdirektor	Kreisverwaltung 59870 Meschede	1. (0291) 940 2. 84874 3. (0291) 941140
50.	Märkischer Kreis	a) Dr. Schneider, Bernhard Oberkreisdirektor b) Rolland, Michael Kreisdirektor	Kreisverwaltung Heedfelder Str. 45 58509 Lüdenscheid	1. (02351) 670 2. – 3. (02351) 671314
51.	Kreis Olpe	a) Dr. Demmer, Franz Oberkreisdirektor b) Platz, Knut Friedrich Kreisdirektor	Kreisverwaltung Postfach 1560 57445 Olpe	1. (02761) 810 2. 876475 3. (02761) 81343
52.	Kreis Siegen-Wittgenstein	a) Forster, Karlheinz Oberkreisdirektor b) Schwarz, Winfried Kreisdirektor	Kreisverwaltung Koblenzer Str. 73 57069 Siegen	1. (0271) 3330 2. 272353 3. (0271) 3332500
53.	Kreis Soest	a) Dr. Janning, Hermann Oberkreisdirektor b) Dr. Maas, Wolfgang Kreisdirektor	Kreisverwaltung Hoher Weg 1-3 59494 Soest	1. (02921) 300 2. 84324 3. (02921) 302945
54.	Kreis Unna	a) Landwehr, Karl-Heinrich Oberkreisdirektor b) Achenbach, Gerd Kreisdirektor	Kreisverwaltung 59411 Unna	1. (02303) 270 2. 2303319 3. (02303) 271399

Überprüfung administrativer Pflichten für Unternehmen

Bek. d. Innenministeriums v. 14. 1. 1994 – V B 4 – 50.301

Vor dem Hintergrund der Diskussion um die Zukunftssicherung des Standortes Deutschland ist die Unabhängige Kommission für Rechts- und Verwaltungsvereinfachung des Bundes von der Bundesregierung gebeten worden, die vorhandenen Rechts- und Verwaltungsvorschriften unter dem Gesichtspunkt zu prüfen, ob Unternehmen von administrativen Pflichten entlastet werden können (Antragsunterlagen, Bescheinigungen, Melde-, Berichts- und Aufbewahrungspflichten usw.), soweit dies ohne Beeinträchtigung der Sicherheit möglich ist. Der Vorsitzende der Kommission hat die Landesregierung NRW gebeten, mit Anregungen und Vorschlägen zu dieser Untersuchung beizutragen.

Als Vertreter des Landes Nordrhein-Westfalen in der Unabhängigen Kommission bitte ich im Einvernehmen mit dem Chef der Staatskanzlei alle Dienststellen der Landesverwaltung, die von ihnen angewandten Rechts- und Verwaltungsvorschriften des Bundes, soweit sie Unternehmen betreffen, kritisch zu überprüfen.

Als Prüfungshilfe bieten sich folgende fünf Fragestellungen an:

1. Um welche Verpflichtung handelt es sich? Welchem Ziel (z. B. Information, Kontrolle, Sicherheit) dient sie?
2. Welchen tatsächlichen Aufwand erfordert die Erfüllung der Verpflichtung im Unternehmen? Welcher Bearbeitungsaufwand wird dadurch in der Verwaltung ausgelöst?
Bitte den erforderlichen Aufwand beschreiben und – soweit möglich – auch quantitative Angaben (z. B. Häufigkeit und Umfang der Meldung, Zeit- und/oder Kostenaufwand der Bearbeitung usw.) machen.
3. Welche Folgen können eintreten, wenn auf die Pflicht verzichtet würde? Welche Vor- und welche Nachteile wären sowohl im Unternehmen als auch in der Verwaltung zu erwarten?
4. Gibt es einfachere Alternativen, mit denen derselbe Zweck erfüllt werden kann?
5. Gibt es Vereinfachungsmöglichkeiten dadurch, daß mehrere Pflichten miteinander harmonisiert werden?

T. Vorschläge und Anregungen bitte ich bis zum 1. 3. 1994 an das Innenministerium NRW zu richten.

– MBl. NW. 1994 S. 107.

LEG-Landesentwicklungsgesellschaft Nordrhein-Westfalen

Änderung der Besetzung des Aufsichtsrates der LEG Landesentwicklungsgesellschaft Nordrhein-Westfalen

Bek. d. LEG Landesentwicklungsgesellschaft Nordrhein-Westfalen v. 20. 12. 1993

Gemäß § 52 Abs. 2 des Gesetzes betreffend die Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Verbindung mit § 15 des Gesellschaftsvertrages wird folgendes bekanntgegeben:

Änderung der Besetzung des Aufsichtsrates:

1. Aus dem Aufsichtsrat ausgeschieden sind
 - mit Wirkung vom 1. November 1992 Herr Dr. Peter Meyer, Ministerialdirigent im Finanzministerium des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf,
 - mit Wirkung vom 30. November 1993 Herr Staatssekretär a. D. Dr. Heinz Nehrling, Voerde, und
 - mit Wirkung vom 1. Dezember 1993 Herr Staatssekretär Joachim Westermann, Ministerium für Stadtentwicklung und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf.
2. In den Aufsichtsrat eingetreten sind
 - mit Wirkung vom 31. August 1993 Herr Dr. Günter Berg, Ministerialdirigent im Finanzministerium des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf,
 - mit Wirkung zum 7. Dezember 1993
Herr Staatssekretär Dr. Ernst-Hasso Ritter, Ministerium für Bauen und Wohnen des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf,
 - Herr Ministerialdirigent Dr. Wolfgang Roters, Ministerium für Stadtentwicklung und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf, und
 - Herr Leitender Ministerialrat Dr. Günther Degen, Ministerium für Bauen und Wohnen des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf.

– MBl. NW. 1994 S. 107.

Einzelpreis dieser Nummer 4,40 DM

zuzügl. Porto- und Versandkosten

Bestellungen, Anfragen usw. sind an den A. Bagel Verlag zu richten. Anschrift und Telefonnummer wie folgt für

Abonnementsbestellungen: Grafenberger Allee 100, Tel. (0211) 9682/236 (8.00–12.30 Uhr), 40237 Düsseldorf

Bezugspreis halbjährlich 81,40 DM (Kalenderhalbjahr), Jahresbezug 162,80 DM (Kalenderjahr), zahlbar im voraus. Abbestellungen für Kalenderhalbjahresbezug müssen bis zum 30. 4. bzw. 31. 10., für Kalenderjahresbezug bis zum 31. 10. eines jeden Jahres beim A. Bagel Verlag vorliegen.

Reklamationen über nicht erfolgte Lieferungen! aus dem Abonnement werden nur innerhalb einer Frist von drei Monaten nach Erscheinen anerkannt.

In den Bezugs- und Einzelpreisen ist keine Umsatzsteuer i. S. d. § 14 UStG enthalten.**Einzelbestellungen:** Grafenberger Allee 100, Tel. (0211) 9682/241, 40237 Düsseldorf

Von Vorabesendungen des Rechnungsbetrages – in welcher Form auch immer – bitten wir abzusehen. Die Lieferungen erfolgen nur aufgrund schriftlicher Bestellung gegen Rechnung. Es wird dringend empfohlen, Nachbestellungen des Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen möglichst innerhalb eines Vierteljahres nach Erscheinen der jeweiligen Nummer beim A. Bagel Verlag vorzunehmen, um späteren Lieferschwierigkeiten vorzubeugen. Wenn nicht innerhalb von vier Wochen eine Lieferung erfolgt, gilt die Nummer als vergriffen. Eine besondere Benachrichtigung ergeht nicht.

Herausgeber: Landesregierung Nordrhein-Westfalen, Haroldstraße 5, 40213 Düsseldorf

Herstellung und Vertrieb im Namen und für Rechnung des Herausgebers: A. Bagel Verlag, Grafenberger Allee 100, 40237 Düsseldorf

Druck: TSB Tiefdruck Schwann-Bagel, Düsseldorf und Mönchengladbach

ISSN 0177-3569